

Eugen Kogon

DAS RECHT AUF DEN POLITISCHEN IRRTUM

Ein wahres Labyrinth verwirrender Zusammenhänge, von der Wirklichkeit heute um uns ausgebreitet, läßt uns nur durch Erörterungen, die wie Umwege, ja vorerst wie Abschweifungen aussehen mögen, zu der Feststellung vordringen, daß wir ein Recht darauf haben, uns politisch zu irren, und daß sehr weittragende praktische Folgerungen aus diesem Recht abzuleiten sind.

*

Die Form, wie man das deutsche Volk seit nunmehr zwei Jahren vom Nationalsozialismus und Militarismus zu befreien versucht, hat zu dem reichlich chaotischen Zustand, in dem wir uns befinden, viel beigetragen. Das Ergebnis ist vorerst, jeder Kundige weiß es, weniger Denazifizierung als Renazifizierung. Das böse Wort läuft um: „Seitdem uns die demokratische Sonne bescheint, werden wir immer brauner.“ Deutsche Mängel und alliierte Fehler haben einander mit verhängnisvoller Sicherheit, als ob sie aufeinander abgestimmt gewesen wären, ergänzt und die Anstrengungen der Einsichtigen bisher beinahe um jeden Erfolg gebracht.

Goebbels hat immer behauptet, das deutsche Volk und der Nationalsozialismus seien eins. Das war eine Lüge, wie so ziemlich alles, was seinem lügnerischen Gehirn entsprungen ist. Das deutsche Volk bildete mit dem Nationalsozialismus in der Tat eine Einheit, doch nicht von der Art, die eine Unterscheidung nicht mehr zugelassen hätte. Freiwillige, Getäuschte und Gefangene, die Rollen im Verlauf der Tragödie vielfach wechselnd, übten unter einer ebenso raffinierten wie skrupellosen Regie hinter dem anlockend bemalten Propagandavorhang das große Theater ein, in dessen zweiter Hälfte dann das Ensemble, gründlich gedrillt, von der deutschen Bühne in den Zuschauerraum der Welt stürmte, um Ernst aus dem zu machen, was so friedlich angekündigt worden war. Es hat Leute genug gegeben, die das „Spiel“ von Anfang an durchschaut hatten, – den „verbrecherischen Plan“, von dem in Nürnberg das Gericht der Geschichte sprach, als alle miteinander, Deutsche und Ausländer, aus dem Chaos der großen Saalschlacht, aus Gräben, Kasematten, Kellern und Bunkern wieder aufgetaucht waren. Selbstverständlich stand die *Schuldfrage* sofort zuoberst auf der Tagesordnung. Und leider hat der Regisseur des furchtbaren Schauspiels, Hitler, zusammen mit seinem mephistophelischen Ansager und Einpeitscher, Goebels, noch nach dem eigenen Giftselbstmord durch die tragische deutsche Solidarität, die ihnen recht zu geben schien, einen letzten, nachhaltigen Sieg über die Welt errungen: er vergiftete das Werk des Friedens. Die psychologische Kriegführung der Alliierten hatte sich, da es ihr nicht gelungen war, einen Aufstand Deutschlands gegen Hitler zu entfesseln, die nazistische These, daß „Führer und Volk“ unerschütterlich eins seien, zu eigen gemacht; jetzt, zu Kriegsende, wurde sie buchstäblich ein Opfer der doppelten Propaganda, der nationalsozialistischen und der eigenen: sie *behandelte* das deutsche Volk als verderbte Einheit. Seht ihr, sagten sich die Deutschen daher alsbald, Hitler hat mit seiner Prophezeiung recht gehabt: sie machen keinen Unterschied zwischen Deutschen und Nazi! (Er hatte unrecht, denn er *meinte* es anders, in dem Sinn nämlich, daß die Alliierten das deutsche Volk

unterschiedslos *vernichten* würden; in Wahrheit handelte es sich nicht um Vernichtungsabsichten, sondern um eine falsche Methode der sogenannten Umerziehung.)

Der Irrtum aus Wirklichkeit und Propaganda, die beide überholt waren, die beide gründlich hätten abgeschüttelt werden müssen und die doch beide von der nachwirkenden Leidenschaft des Krieges in die Zeit des Vorfriedens hineingeschleppt wurden, hatte sofort schwerwiegende Folgen: die Kollektivschuldanklage und die „Nichtverbrüderungs“-, stattdessen Erobererpolitik auf alliierter Seite; rasch zunehmendes Befremden, dann Enttäuschung, dann Entschuldigungs-, dann Verteidigungs-, schließlich Gegenbeschuldigungstaktik auf deutscher Seite. Was half unter solchen Umständen die Erklärung der Alliierten von Anfang an, man wolle durchaus nicht unterdrücken; was die Bemühung so vieler Deutscher, das Volk möge sich nach solchem Grauen doch besinnen? Die *Praxis* der ineinanderwirkenden Fehler, verschärft durch die sonstigen Kriegsfolgen, führte bald jenen Zustand herbei, der nicht wenige Alliierte skeptisch oder vollends mißtrauisch werden und zahlreiche Deutsche verbittert oder sich selbst bemitleidend, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verkennend, seufzen ließ: „O Herr, schick' uns das Fünfte Reich, das Vierte ist dem Dritten gleich!“

Die Praxis der ineinanderwirkenden Fehler, verschärft durch die sonstigen Kriegsfolgen. Man könnte meinen, nur in dem Eifer, jene zu begehen, und in dem Mangel an Energie, mit diesen fertigzuwerden, wären alle eins gewesen. Zählen wir Fehler wie Folgen bloß auf, da sie jedermann bekannt sind.

Zu allererst wurde eine umfassende, wahrheitsgemäße deutsche Bestandsaufnahme versäumt. Was an Kräften, materiellen Möglichkeiten, Beeinträchtigungen und Aussichten insgesamt gegeben war, wußte kein Mensch. Man teilte das Land in vier Zonen ein und gab sich der Hoffnung hin, der Kontrollrat werde auf Grund der Potsdamer Beschlüsse als Koordinations- und Befehlszentrale die Einheit der alliierten Politik sichern. Die unmittelbaren und mittelbaren Interessen der einzelnen Besatzungsmächte, in ihrer Linie und in ihrer Stärke bestimmt durch den Verlauf der fortgesetzten internationalen Neuorientierung, erwiesen sich indes als weitaus kraftvoller. Das wirtschaftliche, soziale, kulturelle und geistige Gefüge Deutschlands wurde vollends zerrüttet. Das System der Veränderungen, soweit ein solches vorhanden war, unterschied sich von Zone zu Zone kraß: hier Demontagen, dort Stilllegungen, hier schonendes Zögern, das doch blockierte, dort Requisitionen; gänzlich verschiedene Regelung der Probleme der Ausgewiesenen und Flüchtlinge; radikale Bodenreform oder garnichts; Denazifizierung nach Formalismus, nach Klassengesichtspunkten, nach Gefühl oder nach Beziehungen des Zufalls, der Laune, der Korruption; Zensur, Lizenzpresse und Propaganda-Publizistik; Ansätze, Entwicklung, Anwendung, Mißbrauch, in unterschiedlichem, ja wechselndem Tempo, von vier Arten politischer Demokratie; im Feld der sozialen, kulturellen und geistigen Entwicklung Freiheit der Organisation, Verbot der Organisation, gelenkte Organisation, Einheitsorganisation. Dazu die Besatzungsarmeen mit ihrem fast unvermeidlichen Gefolge von Härten, Unrecht, Wohnungs-, Möbel-, oder Lebensmittelbeschlagnahmen; dazu automatische Arreste, Unterlassung von Verhaftungen, mehr oder minder willkürliche Verhaftungen, keinen wirksamen Rechtsschutz; dazu die deutschen Partei-, Klassen- und Privatgegensätze, die Denunziationen, die Displaced Persons, der Positionskampf, die Sorge um die Kriegsgefangenen, die Ablehnung der ehemals politisch Verfolgten, das Mitleid mit den wirklichen oder vermeintlichen Opfern von jetzt („Politisch verfolgt? Wann – damals oder

heute?“); dazu die Trümmer, das Wohnungselend, der Schwarze Markt, die hohen Steuern, keine Währungsreform, dickverdienende Nazi, die Korruption, die alles überwuchernde Bürokratie, die Überflutung der Dörfer mit hungernden, hamsternden, Hausrat, Kleider, Nägel, Nadeln und jegliches andere Ding anbietenden Schwärmen von Städtern, mit einem nicht endenden Strom von Vagabunden, Faulenzern und Nichtstuern jeder Art; und das Landvolk – lassen wir die schwierige Erörterung im einzelnen –; zu schlechterletzt über alles dieses hin eine zähflüssige Papierflut von Gesetzen, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen, Befehlen; dazu die Polizei: Ordnungspolizei, Feldpolizei, Bahnpolizei, Grenzpolizei, Kriminalpolizei, Militärpolizei ... Polizei.

Wenn es SD-Leute an wahrscheinlich gar nicht so wenigen Orten des Landes gibt: als Gärtner, Bauernknechte, Chauffeure, Sekretäre, Polizisten (ich bin überzeugt, daß es sie gibt; der Landrat eines bestimmten Kreises hatte kurz vor Torschluß 1945 gleich 80 Blankoformulare von Kennkarten herauszugeben; und gelegentlich eine Verhaftung, jetzt, nach zwei Jahren, beweist es ja auch, daß es sie gibt; vor einem Geschäft unterhielten sich neulich zwei „Gesinnungsnazi“ ganz offen: Die Zeit arbeitet für uns, sagten sie, wir brauchen bloß zu warten!), die hartgesottenen Unentwegten also, man sieht es geradezu, können vergnügt in sich hineingrinsen: „Das ist genau das, was wir uns unter Demokratie vorgestellt haben!“ *Wir* aber, die wir für die unabsehbaren Reihen gemarteter Opfer stehen, die alle nur die *eine* Frage haben: Wofür sind wir gestorben!, – was sagen und tun *wir*?

Hundertfach geschieht Gutes im Lande, vonseiten Alliiertes, vonseiten Deutscher. Man könnte ebenso ausführlich und noch ausführlicher darüber berichten. Aber es droht der Übermacht der Fehlentwicklung allerorts zu erliegen. Es hat uns bis jetzt vor dem Schlimmsten bewahrt, aber es ist nicht bestimmend, es gibt nicht den Ausschlag. Vielleicht auf lange Sicht, hoffentlich, lassen wir nicht locker. Nur muß die Gefahr, daß die bereits gemachten Fehler und ihre Folgen mächtiger sind als wir alle, heute, unmittelbar, jetzt überwunden werden, in diesem dritten Jahr nach der Kapitulation, die doch der Anfang eines geordneten Friedens, nicht nur das Ende der schmachlichsten Tyrannei sein sollte.

Die Deutschen haben ihrerseits in den abgelaufenen zwei Jahren arg versagt, – in einem kleinen, aber starken Rest von Möglichkeiten, die uns verblieben waren. Das hat natürlich ebenfalls seine besonderen Ursachen. Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit ist unter der Last der Schuldanklage, gegen die sie sich mit wirren Gefühlen und heftigen Argumenten zur Wehr setzten, bei den meisten verlorengegangen. Bald erstickte auch, als die Aussichtslosigkeit die Hoffnungen erneut begrub, im Gestrüpp rein privategoistischer Bestrebungen ihre gewohnte Freudigkeit zu Initiative und Aktivität, welche selbst die Riesenanstrengungen der Kriegszeit nicht ganz verbraucht hatten. So fanden sie nicht mehr die Kraft, nun unentwegt nur mehr von besten Absichten geleitet den mannigfachen Illusionen, Unkenntnissen, Mißgriffen und überflüssigen Härten, die das Vernünftige an der alliierten Politik in Deutschland schädigten, wenn nicht sogar ganz, teil- oder gebietsweise aufhoben, zäh einen nüchternen Realismus beizuordnen, der noch in der Opposition, wenn die Sache sie erforderte, ihr Bundesgenosse zum gemeinsamen Guten gewesen wäre. Stattdessen ging es zu wie bei der echternacher Springprozession, nur mit dem Unterschied, daß bei uns zwei Schritten vorwärts drei zurück folgten.

Was also soll geschehen?

Zu allererst müssen die Illusionen abgebaut werden. Sie führen nicht nur in die Irre, sie lähmen auf Dauer auch, wenn sie immer wieder durch die Wirklichkeit zunichte gemacht werden, jeden Willen zur Selbsthilfe. Im Januar 1947 schrieben wir: „Nur im Herzen ein Licht, haben wir die Schwelle des neuen Jahres überschritten, den Verstand auf das Dunkel vor uns gerichtet, von dem wir in jedem Falle wissen, daß es bedrohlich ist. Es wird alles noch schwieriger werden ...“ (FH II/1, 17.) Es ist so weit. Kaum etwas von dem scheint uns erspart zu bleiben, was Hitler und seine Anhängerschaft an Folgen für Deutschland herausbeschworen haben, obgleich sogar die Alliierten die ehrliche, mit Interessen unterbaute Grundabsicht hatten, wenigstens das Härteste von uns abzuhalten. (Und sie haben die Absicht noch immer, deutlicher sichtbar als vor zwei Jahren.) *Die Wirklichkeit sehen und mit ihr rechnen*, das ist es, worauf es jetzt ankommt.

Daß die sogenannte Denazifizierung in allen vier Zonen Deutschlands mißglückt ist, haben die aufgezeigten Verhältnisse dargetan, – sofern die Behauptung richtig ist, daß man keinen Hitler haben muß, um nazistisch gesinnt und nicht ohne hundertfachen Einfluß auf die weitere Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse zu sein, und daß man kein Heer braucht, um als Militarist auf die nächste Gelegenheit zu warten, sich der oder jener Macht zu verdingen. (Ich denke, die Behauptung ist richtig.) Hitler ist tot, doch er lebt; die nationalistische Armee ist zerschlagen, ihr Geist wirkt (mehr als ihr Geist). Was ist also denazifiziert worden? Der *Apparat*, und das nur brüchig, aber mit vielfach verhängnisvollen Folgen. Es lag an den angewandten und immer noch angewendeten Methoden. Sie waren in jeder der vier Zonen verschieden; das Ergebnis ist überall ähnlich.

Sehen wir in der Analyse von der russischen und von der französischen Zone ab; die Umstände liegen dort teilweise anders. Trotzdem gelten auch für sie die Schlußfolgerungen, weil sie aus einer tieferen Schicht allgemeiner Unterlassungen und ihnen entsprechender Notwendigkeiten stammen.

Man hat mit Goebbels und im Zuge der eigenen Kriegspropaganda, um es zu wiederholen, das ganze deutsche Volk als nazistisch angesehen. Man hat es infolgedessen als Kollektiv-Einheit beschuldigt. Zwischen dieser Anklage, die auf die gesamte „Umerziehungspolitik“ von vornherein einen schweren Schatten legte, und der ersten von den Angelsachsen vorbereiteten Praxis der Denazifizierung war bereits ein Unterschied; sie brachten Listen nationalsozialistischer Kategorien mit. Es waren – von den Kriegsverbrecherlisten abgesehen – nicht Namensverzeichnisse, wie es hätte sein müssen, die in Deutschland sofort von kleinen Orts-, Bezirks- und Betriebsausschüssen einwandfreier, sachkundiger Männer und Frauen zu ergänzen, ja überhaupt erst recht auszufüllen gewesen wären (was damals, im ersten Schwung, noch hätte bewältigt werden können, mit Steckbriefen für abwesende Aktivisten, sodaß man Orts-, Bezirks- oder Betriebsfremde nach und nach, einzelweises, überprüfen konnte). Es waren Formalkataloge der NSDAP, ihrer Gliederungen und verwandter Organisationen. Nicht das ganze deutsche Volk wurde von ihnen erfaßt. Das war der Unterschied zur Ausgangsthese. Aber unterschiedslos wurde ein recht großer Teil erfaßt: in der US-Zone bis zum 1. April 1947 etwa 28 Prozent der über 18 Jahre alten Bevölkerung oder 3 303 557 Personen von 11 901 565, die verpflichtet waren, einen Fragebogen auszufüllen, wenn sie vom Bezug der Lebensmittelkarten nicht ausgeschlossen werden wollten; in der britischen Zone, wo ein etwas anderes, aber ebenfalls formales Verfahren zur Anwendung kam, wurden zwar nicht so viele Personen sofort betroffen, doch immerhin im

Laufe der Zeit wahrscheinlich mehr als zwei Millionen. Sie alle galten als Nationalsozialisten. Ein geringer Prozentsatz von ihnen wurde aus Sicherheitsgründen für längere – zum Teil noch nicht beendete – oder für kürzere Zeit interniert: in der britischen Zone insgesamt annähernd 4,5 Prozent (jetzt 3 Prozent), in der amerikanischen Zone etwa 3 Prozent (jetzt 1,5 Proz.). Alle anderen wurden aus ihren Berufsstellungen entfernt, – bis auf jene, die über besondere Beziehungen verfügten. (War deren Zahl auch statistisch, im ganzen, nicht sonderlich bemerkenswert, so war sie doch für das Empfinden des Volkes viel zu hoch.)

Was die prüfungslose, rein nach formalen Gesichtspunkten vorgenommene Ausschaltung von fünf Millionen und mehr Menschen allein in den zwei angelsächsischen Besetzungszonen für das Rechtsbewußtsein, für die Politik der „Umerziehung“, für den Staat, die Wirtschaft, die Gesellschaft, die Schulen, die Publizistik, die Kirchen und jede Einrichtung unserer Öffentlichkeit bedeutete, haben wir erfahren. Es braucht nicht mehr geschildert zu werden. Die Militärregierungen sahen bald – allerdings spät genug –, daß jene Deutschen recht hatten, die dringend ein eigenes gesetzliches Verfahren mit Prüfung jedes einzelnen Falles durch Deutsche selbst vorschlugen. Es wurde in der US-Zone das Befreiungsgesetz, in der britischen Zone die Executive Instruction Nr. 54 erlassen; Spruchkammern und Prüfungsausschüsse traten in Tätigkeit.

Freilich *wie!* Denn inzwischen hatten vier entscheidende Umstände, derer das neue Verfahren nicht Herr zu werden vermochte, eine veränderte und dauernd sich verschärfende Lage geschaffen.

Die deutsche *Gesamtsituation* war erheblich schlechter geworden. Ein Teil der Folgen jener politischen Fehler, von denen bereits die Rede war, machte sich lähmend bemerkbar. Vor ihrem Hintergrund wirkte der Optimismus um die neugeschaffene Formaldemokratie – mit den geistig altgebliebenen Parteien samt allem ihrem Drum und Dran – nicht nur künstlich, sondern schon ein wenig erbitternd. Die Stimmung des Volkes war seit langem in raschem Absinken. Die „Denazifizierung“ mit dem Kernstück des Beschäftigungsverbotes, das alle gleichmäßig betraf, und der Verfügung, daß Nationalsozialisten, ob wirkliche oder formale, nur in „gewöhnlicher Arbeit“ tätig sein durften (was der Handarbeit auch noch Strafcharakter verlieh und ihr den Beigeschmack sozialer Deklassierung gab), hatte die schon reichlich beeinträchtigte „Begeisterung“ für „Befreiungen“ inmitten eines fast undurchdringlich gewordenen Entlassungswirrwarrs auf den Nullpunkt heruntergetrieben. Damals kam die vielerzählte Geschichte in Umlauf: Ein Straßenkehrer wird von einem herumstehenden Nichtstuer angesprochen: „Aber Herr Amtsgerichtsrat, ich wußte garnicht, daß Sie Straßenkehrer sind. Sie sind doch kein Nazi!“ „Ach, Herr Meier, ein Nazi bin ich natürlich nicht, aber in der Partei war ich, und nun lassen mich die Ami nur mehr straßenkehren.“ „Merkwürdig“, darauf der andere, „mich haben sie auch herausgesetzt, aber ich war nicht Amtsgerichtsrat, sondern Straßenkehrer!“ Die Amerikaner, für Kritik und gute Witze empfänglich, lachten darüber; aber dadurch wurde die Stimmung der Deutschen nicht besser. Schon wollten diese die ganze Sache loswerden. Nur widerstrebend ließen sie sich, von restlichem Verantwortungsgefühl und von den Parteien angetrieben, dazu herbei, in den nun neugeschaffenen Spruchkammern und Prüfungsausschüssen tätig zu sein.

Zum Wissen um den falschen Start kam ferner bei den meisten das dumpfe Gefühl, daß die ganze Angelegenheit viel zu breit angelegt war. Über Millionen Betroffene, unter denen sich nicht wenige befanden, die nun ehrlich betroffen waren, da es sie plötzlich betraf, obgleich

doch alle ihre Bekannten und Freunde genau wußten, daß sie nicht nationalsozialistisch gesinnt waren, sondern aus den jedem Deutschen vertrauten Gründen eben „in die Partei“ gegangen waren, über Millionen war die braune Farbe gleichmäßig ausgegossen, sodaß sie, statt an Deutlichkeit zuzunehmen, in den Augen der Menge zu verschwimmen begann: aus braun wurde grau, aus grau gräulich. Dies wiederum kam vielen schuldigen Aktivisten und frechen Nutznießern zugute. Sie konnten mit richtigen Argumenten für *ihre* schlechte Sache hausierengehen; die Entwicklung selbst machte es ihnen möglich, wie die Kletten zusammenzuhalten. „Sie können in Hamburg nichts werden, Sie finden keine Arbeit?“ schrieb neulich „Die Weltbühne“. „Nein!“ „Warum nicht?“ „Ich bin nicht Pg. gewesen!“ Saubere Leute, durch so viele negative Erfahrungen gewitzigt, wollten mit der Säuberung nichts mehr zu tun haben; sie hielten die Sache für verloren, man brachte die Unterschiede nicht mehr heraus. Wieder war es ein Witz, der die Stimmung in weiten Kreisen deutlich machte: Ein Hund rennt auf offener Landstraße hinter einer Katze her. Diese hält schließlich jappend inne. „Was willst du von mir?“ „Nichts.“ „Warum rennst du mir dann nach?“ „Ich renne dir garnicht nach. Ich komme aus der Stadt, dort schneiden sie den Pferden die Schwänze ab.“ „Den Pferden? Du bist doch kein Pferd!“ „Mach´ *du* das den Alliierten einmal klar!“ Vielen Hunden hatte man die Schwänze abgeschnitten, vielen Pferden nicht, und zahllose Hyänen liefen überhaupt ungeschoren herum. Nun sollten es die Deutschen schaffen, die richtigen Unterscheidungen zu machen, gerecht abzuwägen, alle vergangenen Umstände zu würdigen, nicht formalistisch, obwohl das Kategorien-Schema für die Anklage noch immer galt. Leidenschaftslos, ohne Haß, ohne Voreingenommenheit? Sie glaubten es nicht.

Und man hatte seine Gründe dafür; die Wirklichkeit bot Beispiele die Menge. Denn inzwischen war die *soziale Revolution* in die gebotenen politischen Möglichkeiten eingebrochen: unter dem Deckmantel der Säuberung vollzog sich ein erbitterter Kampf um Arbeit und Einfluß, eine Schichtablösung in allen Etagen der Verwaltung und Wirtschaft. Zwar hatte, als Folge der alliierten Besatzungspolitik, die Gerechtigkeit bei uns nicht das Gewand einer Sansculotte angezogen, aber sie wurde vielfach als Quartiermacherin derer benutzt, die nun ihrerseits, zu recht oder zu unrecht, geeignet oder weniger geeignet, die Versorgungs- und Kommandostellen einnehmen wollten. Aus der großen französischen Revolution wurde immerhin die Praxis des „Ôte-toi que je m’y mette!“ übernommen: „Hebe dich hinweg, damit *ich* mich an deinen Platz setze!“ Das wurde nicht plakatiert, das war nicht Parole, aber es vollzog sich so. Die Nationalsozialisten hatten es seinerzeit schamlos offen betrieben, indem sie das sogenannte „Gesetz zur Reinigung des deutschen Berufsbeamtentums“ schufen, um die Masse ihrer Stellenanwärter unterzubringen. Das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ war keineswegs für einen derartigen Zweck ausgearbeitet worden, es sollte ganz im Gegenteil wirklich der Gerechtigkeit dienen, – gegen die Ungerechtigkeit des Formalismus und möglichst auch in der Sache selbst. Doch waren es Menschen aus Fleisch, Blut und Leidenschaft, nicht bloß Menschen aus Fleisch, Blut und Gerechtigkeitssinn, die es anzuwenden hatten. Folglich begann die Masse der Kämpfer um Stellungen – der Zahl nach mehr Kämpfer als Stellungen –, Konkurrenten „zur Steckel zu bringen“, sei es über alliierte Dienststellen, sei es über Spruchkammern und Ausschüsse. Die allgemeine Suche nach „grauen Punkten“ – beim andern! – begann. Die Interessenverflechtung des Lebens kam hinzu: Abhängigkeiten in Dorf und Kleinstadt, in den Betrieben, in der Gesellschaft, und fünf Pfund Fett wiegen in Notzeiten auch nicht leicht. Wie Rettungsbojen ragten schließlich aus dem rasenden See, der seine Opfer haben wollte, nur mehr verhältnismäßig wenige völlig unabhängige und

unbeirrbar sachlich, gerecht und menschlich denkende Männer hervor. *Sabotierten* die Deutschen, wie viele Alliierten meinten, die Denazifizierung? Wer wollte den Vorgang Sabotage nennen! Gewiß war auch sie beteiligt, aber in der Hauptsache hatte das Ergebnis, das ihr so sehr glich, doch andere Ursachen.

Wenn es noch dabei geblieben wäre, das Durcheinander hätte sich vielleicht, mit Energie, Zähigkeit und Geduld, lösen lassen; denn so ist es ja nun einmal im Leben: hunderterlei Kräfte wirken ins Feld der Öffentlichkeit, das die regierenden Männer in Ordnung bringen (oder, in ruhigeren Zeiten, in Ordnung halten) sollen. Aber da waren überdies die *Parteien!* Auch sie nahmen sich zum Überfluß der „Gerechtigkeit“ an. Sie wollte gewiß keine Metze werden; man hat sie vergewaltigt. Spruchkammern in der amerikanischen Zone, Prüfungsausschüsse in der britischen wurden zu Lichtungen, auf denen aus dem Hinterhalt parteipolitische Gegner „abgeschossen“ wurden. Wer hiniert wurde, bebte vor Angst oder Wut, der Rest verkroch sich: nur nichts damit zu tun haben!

Revolutionen können nur schwer gebändigt werden, sie folgen ihren eigenen Gesetzen. Und diesen Gesetzen folgen wieder Männer. So fanden sich auch in Deutschland die Kräfte, die weiter entfesselten statt einzudämmen. Selbstverständlich mit Argumenten der Vernunft, selbstverständlich mit Teilen von Recht. Warum den *kleinen Mann* vor die Kammern und Ausschüsse zerren, warum *ihn* dem Beschäftigungsverbot unterwerfen, sagten sie, wenn doch die Politiker schuld sind, die dem Nationalsozialismus nicht energisch genug Widerstand geleistet haben? War der Formalismus der Anklage durch die Alliierten breit angelegt, so machten diese Deutschen ihn jetzt noch viel breiter. Sie zogen eine logische und trotzdem falsche Schlußfolgerung: Der Mitläufer ist im Sinne einer höheren Gerechtigkeit nicht schuldig, denn er folgte nur dem, der für den politischen Irrtum verantwortlich ist; folglich gehört zuerst der Verantwortliche auf die Anklagebank! – Mitnichten, antworten wir; keiner von beiden gehört dorthin, wenn es sich nicht um Verbrechen, sondern um *politischen Irrtum* gehandelt hat!

Das Absurde der Entwicklung, als sie einen verwirrenden Höhepunkt erreicht hatte, brachte die Geschichte beinahe anekdotisch zur Darstellung: In Stuttgart gerieten zwei Männer mit dem gleichen urdeutschen Namen aneinander: Maier gegen Maier, Franz Karl gegen Reinhold. Der eine war öffentlicher Kläger, der andere demokratischer Ministerpräsident. Beide standen für das deutsche Volk. Der eine Maier wollte gesühnt sehen, daß der andere Maier 1933 im eben noch bestehenden Reichstag für das Ermächtigungsgesetz gestimmt und dadurch Hitler die Diktatur ermöglicht habe; dieser Maier machte dagegen geltend, daß an ihm als einem alten Demokraten nichts zu denazifizieren sei, zudem man vor dem 30. Juni 1934 durchaus noch der Meinung habe sein können, die Nationalsozialisten würden sich in der praktischen Innen- und Außenpolitik die Hörner abstoßen; jener Maier indes wollte aus der neuen Demokratie alles ferngehalten oder entfernt wissen, was durch Fehler, Schwächen, Irrtümer „Schuld“ auf sich geladen habe.

Der Knoten, den die Geschichte da so reizend-aufreizend geschürzt hatte, wurde leider weder gelöst noch durchhauen, – er wurde nach vielem und lautem Hin und Her ad acta gelegt. Ich finde, daß er da nicht liegenbleiben darf, denn ein Kopf steckt in ihm, ein Hals, der zu ersticken droht: Kopf und Hals des deutschen Volkes!

Wir wollen es ohne Umschweife aussprechen: *Es ist nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben*. Verbrechen zu verüben oder an ihnen teilzunehmen, wäre es auch nur durch Duldung, ist Schuld. Und Fahrlässigkeit ist ebenfalls Schuld, wenn auch eine von anderer und von geringerer Art als Verbrechen und Verbrechensteilnahme. Aber politischer Irrtum – in allen Schattierungen – samt dem echten Fehlentschluß gehört weder vor Gerichte noch vor Spruchkammern. Irren ist menschlich. Es ist so sehr menschlich, daß es zu unserem Wesen gehört. So sehr gehört es zu unserem Wesen, daß wir den Fehler, indem wir ihn begehen, nicht einmal merken. Erst die Folgen machen es uns und der Umwelt, früher oder später, offenbar, daß wir die Mannigfaltigkeit der Zusammenhänge und die Qualität der Kräfte, die im Spiele waren, im Augenblick der Entscheidung nicht genügend berücksichtigt und nicht zureichend eingeschätzt haben. Uns zu irren, darauf steht uns geradezu ein Recht zu, wenn wir nicht Sklaven, Marionetten oder Götter sein wollen. Verlangt man denn nicht von uns, daß wir begangene Fehler einsehen und es ein andermal besser machen? Daß wir aus Fehlern Lehren ziehen sollen? Wer garantiert uns aber denn, daß wir angesichts vorliegender Folgen von Irrtümern, vor neue Entscheidungen zum Richtigen und Besseren gestellt, nun fehler- und irrumsfrei geworden seien? Unser Weg zur Wahrheit – schon die Erwähnung des Wortes ist in der Politik irrealistisch und verdächtig, da sie ein Ergebnis notwendigerweise einander widerstrebender Gedanken und Kräfte ist! – führt in dieser Welt der Verworrenheiten, des Halbdunkels, der Leidenschaften und so vieler verschiedenartiger Beweggründe nur über *Erfahrungen*, und das will heißen: über die Erkenntnis von Folgen, die wir ganz und gar nicht mit mathematischer Sicherheit vorausberechnen können, die sonach aus bloß bruchstückhaften Einsichten und aus mangelhaften Willensakten entstehen, aus einem Gemisch von Wahrheit und Irrtum. Die *Voraussetzung echter Demokratie* ist das, denn in ihr glaubt man, daß niemals ein Einzelner oder eine Gruppe, Schicht oder Klasse die ganze Wahrheit gepachtet hat; nur in Teilen und Splintern ist sie vorhanden, sodaß sie durch Argumente und friedlichen Wettbewerb allmählich zu einer verhältnismäßig vollkommenen Wirklichkeit gebracht werden muß. Behauptung wie Praxis, schuldig sei, wer geirrt hat, ist undemokratisch, totalitär und überdies pharisäisch; man erschüttert auf solche Weise von vornherein jede Politik der Umerziehung in den Grundlagen. Wir stimmen durchaus dem Präsidenten des kantonal-bernischen Schriftstellerverbandes Dr. Hans *Zbinden* zu, wenn er in seinem Büchlein „Um Deutschland Zukunft“ [*] Schriften zur Zeit, *Artemis-Verlag, Zürich*, Heft 14, 1947, 79 Seiten.] die These von der „Kollektivschuld eines ganzen Volkes“, die ja die Freiheit von Irrtum einschließt, „eine Greuellehre“ und „ein trojanisches Pferd totalitärer Denkweise“ nennt. Ist nicht der bisherige Versuch einer Denazifizierung Deutschlands, wie wir gesehen haben, *selbst* voll von Fehlern, die auf irr tümliche Einschätzung von Kräften, bei besten Beweggründen, zurückgehen? Kein Staatsmann, kein Wirtschaftler, kein General, kein Pädagoge, kein Schriftsteller, niemand, kein Mensch mit Verstand und Wille auf Gottes weitem Erdboden wäre mehr in Freiheit, wenn Irrtum mit Internierung, am Leben, wenn er mit dem Tode bestraft würde. Wir müßten uns alle gegenseitig einsperren und umbringen. Aus wäre es in der neuen Demokratie Deutschlands mit sämtlichen Politikern aller vier Parteien! Die Kommunisten haben im Preußischen Landtag und im Deutschen Reichstag vor 1933 an die zweihundert Mal Oppositions- und Obstruktionsanträge der Nationalsozialisten gegen alle anderen Parteien unterstützt, sie allein. Weil sie Herrn Hitler den Weg bereiten wollten? Gewiß nicht, sondern weil sie gegen die damalige Regierung waren, – genauso wie die Nationalsozialisten, denen die Hilfe der äußersten Linken nur recht war. Gleiches gilt auf ähnlichen Gebieten von anderen. Das Ausland hat mit Hitler paktiert – und wie! –, noch lange nach dem 30. Juni 1934, als die Fratze des braunen Regimes schon jedermann, der Augen im Kopfe hatte und Grundsätze im Herzen, klar war. Schuld? Die Umstände waren

sehr verwickelt: konnte nicht jeder Deutsche von Anfang an sehen, gar vor 1933, daß die Dämme, die einer Flut von Verbrechen entgegenstanden, niedergebrochen würden, so konnte nicht jede ausländische Regierung vor 1938 es aufsichnehmen, das Wagnis eines Weltkrieges einzugehen, ohne die friedlichen Möglichkeiten erschöpft zu haben (was gleichfalls nicht geschah). Wir sprechen von *Schuld*, nicht von Fehlern, Mängeln, Unterlassungen, Irrtümern.

Ja, *nach* der Ratssitzung, in der hinter Wandschirmen die Bravi hervorsprangen und zwei Dutzend Teilnehmer niederstachen, ist jedermann klüger. Man macht bekanntlich die Stalltüre zu, wenn die Kuh draußen ist, und deckt den Brunnen ab, wenn das Kind drinnen liegt. Wer schuldhaft gehandelt hat, ist zu bestrafen; wer fahrlässig gehandelt hat, ist für den Schaden verantwortlich und muß *unter Umständen* bestraft werden; wer sich geirrt hat *und die Konsequenzen daraus zieht*, wird freiwillig tun, was in seiner Kraft liegt, um zur Wiedergutmachung beizutragen; er mag gerechterweise dazu auch veranlaßt werden, wenn er sich nicht selber getrieben fühlt; die Konjunkturisten soll man empfindlich „entsühnen“, drastisch und spürbar. Der andere Weg, der damit begann, daß man alle über einen Kamm scheren wollte, hat selbst mit den Verbesserungen, die später eingebaut wurden, zu einer Kette von Unwirksamkeiten, Fehlentscheidungen, Ungerechtigkeiten und politischem Unsinn geführt. Es ist nicht viel Positives von ihm zu vermelden.

Die Forderung, damit Schluß zu machen, ist berechtigt. Allerdings hat nicht jeder das Recht dazu, sie zu erheben. Es fehlte uns gerade noch, daß die Herren unverbesserlichen Nationalsozialisten mit ihren Scholz-Klinckinnen, die unter der Strähnenfrisur stechenden Auges und haßerfüllt-dünnmündig auf ihr „Nun erst recht!“ lauern, samt allem ihrem verbockten Anhang von Chauvinisten, Nationalisten und Militaristen daraus den ersehnten Profit zögen: Wir haben gesiegt, Heil Hitler! – Strafe muß sein, Sühne muß sein und politische Korrektur muß sein.

Ziehen wir die *Schlußfolgerungen*. Die Denazifizierung Deutschlands hat eine erste Etappe durchlaufen. Das Ergebnis ist in allen vier Zonen unbefriedigend. Die Methode war falsch. Wir sind mit dem Problem nicht fertig geworden und wir werden auf diese Weise mit ihm nicht fertig. Beispiel US-Zone: 3 303 557 Personen wurden betroffen. Sie verloren ihre Stellungen. In den ersten 13 Monaten seit dem Erlaß des Befreiungsgesetzes standen 251 845 von ihnen vor Spruchkammern. Wie viele erwiesen sich – dort – als Hauptschuldige? 501! Als Belastete 5552. Als Minderbelastete 22 194. Als Mitläufer 176 073. Entlastet wurden – weil sie in Opposition gegen das nationalsozialistische Regime gestanden *und* dadurch Nachteile erlitten hatten – 13 756. Gegen den Rest, 33 769, wurde das Verfahren auf Grund einer Jugend- und einer Weihnachtsamnestie eingestellt. Es hat sich (mangels zureichender Unterlagen der Befreiungsministerien erst nachträglich!) gezeigt, daß beinahe 1,5 Millionen Betroffene unter diese Amnestie fallen. Rund 1 Million Fälle wären also noch abzuwickeln. Mit dem gleichen Ergebnis: 0,2% Hauptschuldige, 2,2% Belastete? Der Rest von 97,6% könnte erst im Verlauf von fünf Jahren oder bis 1950, wenn wir in der Lage wären, die Zahl der Spruchkammern zu verdoppeln, den Bescheid erhalten, daß sie nicht zu den beiden Hauptgruppen der Schuldigen gehören, – über 5% Oppositionelle, rund 70% Mitläufer! Alle währenddessen von ihrer Berufsarbeit ausgeschlossen? In der britischen Zone wurden bisher etwa 1 160 000 Personen die „Beschäftigungswürdigkeit“ von den Prüfungsausschüssen erneut zugesprochen, für ein Jahr Bewährungsfrist vorerst. Diese bedingten Bescheide sind von der britischen Militärregierung anerkannt worden; sie entsprechen der Einreihung in die

Gruppen IV und V (Mitläufer oder Entlastete) der amerikanischen Zone. Das Ergebnis ist dort teilweise ... – siehe Klage der „Weltbühne“ über Hamburg! In einem Landkreis der französischen Zone (Rheinland) mußte neulich ein zurückgekehrter hoher Nazifunktionär, gegen den nicht weniger als über ein Dutzend Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Erpressung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Vergewaltigung und dergleichen häßlicher Dinge mehr vorlagen, verhaftet werden. Warum war er zurückgekehrt? Er hatte die wunderschönsten Denazifizierungspapiere aus der britischen Zone! (Nun heißt das natürlich wieder nicht, daß *jeder*, der mit einem solchen Papier kommt, oder die allermeisten von ihnen nationalsozialistische Verbrecher waren!) Im russischen und im französischen Bereich liegen die Dinge viceversa.

Es ist nicht erreichbar, daß die Methode der „Denazifizierung“ in ganz Deutschland vereinheitlicht wird. Es käme auch nur *einiges* Bessere dabei heraus, der Rest wäre genau so übel; wie die Dinge liegen und die Geister in Deutschland heute geartet sind, würden wohl vor allem die verschiedenen *Fehler* „vergemeinschaftet“ werden. (Unsere gegenwärtige Form des politischen „Sozialismus“ ...) Wollte man den von den Amerikanern beschrittenen Weg der *Amnestie* erweitern und könnte man das Beispiel auf die übrigen Zonen ausdehnen, dann wäre nicht einzusehen, warum die Durchführung von Gesetzen und Anordnungen zur Denazifizierung nicht gleich ganz beendet würde; denn Amnestie ist nicht Denazifizierung.

Was kann noch erreicht werden – radikal und doch unter Berücksichtigung der gegebenen Machtverhältnisse, sowie des politischen Ansehens der regierenden Männer auf alliierter und auf deutscher Seite?

Erstens. Strikte Beschränkung der erlassenen Befreiungsgesetze und -befehle (die entsprechend abzuändern sind) auf alle jene Deutschen, die politischer Verbrechen oder im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime krimineller Handlungen irgendwelcher Art dringend verdächtig sind. Also *Beschränkung auf die Gruppen I und II*. Sie allein sollen vor Gerichte, Spruchkammern, Prüfungs- und Säuberungsausschüsse gestellt werden, wielange immer das dauern mag (es würde nicht sehr lange dauern).

Zweitens. *Aufhebung des Beschäftigungsverbot*es für alle übrigen. Allerdings ohne Anspruch auf Wiedereinsetzung in „Rechte“, die nach dem 30. Januar 1933 entstanden sind. Formal belastet erscheinende Oppositionelle erhalten Anspruch auf Wiedergutmachung, doch müssen ihre Fälle, soweit dies noch nicht geschehen ist, geprüft werden; sie können entsprechenden Antrag stellen.

Drittens. Gegen Minderbelastete und Mitläufer ergeht *ohne besonderes Verfahren* ein genereller *Sühnebescheid*. Der Beitrag zur Wiedergutmachung der vom Nationalsozialismus heraufbeschworenen Folgen, an dem sie aus irgendwelchen nichtoppositionellen Gründen beteiligt waren, kann auch freiwillig geleistet werden. Die Sühne soll vorwiegend in Sachgüterabgaben für die Hinterbliebenen Opfer des Nationalsozialismus, für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Ausgewiesenen oder in Gemeinschaftsleistungen bestehen, nur ausnahmsweise in Geld. Die günstigere oder die schlechtere wirtschaftliche Lage des betroffenen ist mitzuberücksichtigen.

Viertens. Über die Art der *Wiederbeschäftigung von Nationalsozialisten*, wo immer es sei, entscheiden in den einzelnen Berufszweigen verantwortliche Männer und Frauen, die mit

dieser Aufgabe betraut werden. Sie sollen fachlich zuständig und politisch geschult sein. Das Verfahren der Amerikaner, in allen Zweigen der Publizistik sogenannte Lizenzträger mit der vollen Verantwortung für Neueinstellungen von Personal zu betrauen, kann entsprechend angewendet werden. Die Gremien der Berufsvertrauensleute sind innerhalb der Betriebe, der Ämter und sonstigen Einrichtungen zu wählen. Ihre Unabhängigkeit muß wirksam gesichert werden, besonders gegen parteipolitische Einflüsse, die es heute zum Beispiel schon, meist über Betriebsräte oder durch mancherlei höchst bedenklichen Druck gegen Betriebsführungen, verhindern, daß sogar Entlastete, geschweige denn Mitläufer, die ihre gültigen Spruchkammerbescheide erhalten haben, wieder Arbeit finden können. Berufungs- und Schlichtungsinstanzen sind unerläßlich. Als Grundsatz für die Entscheidungen der Berufsvertrauensleute gilt: Nicht allein die Vergangenheit eines Menschen ist ausschlaggebend, sondern mehr noch die Gesamtheit seiner Qualitäten und die Bedeutung der Person für die Zukunft. *Führungsfunktionen* im eigentlichen Sinne können von Nationalsozialisten erst nach gründlicher Bewährung, wenn durch bewiesene Leistung kein Zweifel mehr an ihrer demokratischen Untadeligkeit besteht, eingenommen werden. Die Möglichkeit, die jeder wieder erhält, ist „einmalig“. (Das Wort mag sie längere Zeit an ihren früheren Herrn und Meister erinnern, dem sie sich hingegeben haben oder nachgelaufen sind.) Wer diese Möglichkeit politisch mißbraucht, wird ohne jede weitere Rücksicht endgültig entfernt. Jeder andere erarbeitet sich, nach dem Urteil der Berufsvertrauensleute, die volle Gleichberechtigung.

Diese *Bewährung* wird von manchen als Zweitrangigkeit empfunden werden. Wir meinen aber, daß jemand, der sich als fahrlässig, als bloß konjunkturrell gesinnt oder ganz einfach als dumm erwiesen hat – ob von idealistischen Beweggründen geleitet oder nicht –, daß ein solcher Mann oder eine solche Frau kaum erwarten sollte, alle Welt werde über die Folgen des früheren Verhaltens schlicht und gutmütig hinwegsehen. In der Geschichte pflegt das glücklicherweise nur selten der Fall zu sein, – ausgenommen bis gestern die Generäle, die jahrhundertlang Ruhm und Pensionen einstecken durften, wenn sie ihre Mitmenschen ins Elend gestürzt hatten. Politiker und Beamte jedenfalls müssen in Demokratien ihren Platz räumen, wenn sie garzuviele Fehler gemacht haben, allzuvielen Irrtümern erlegen sind und ein unterdurchschnittliches Maß an Wissen, Können und Charakter an den Tag gelegt haben. Es ist Sache der Öffentlichkeit, nicht von Spruchkammern, diesen Vergangenheits- und Gegenwartsmaßstab auch auf die heutigen Politiker und Beamten anzuwenden.

Mit dem Vorschlag, das Beschäftigungsverbot für die „Mitläufer“ aufzuheben, haben wir die Grenze der ersten Etappe der Denazifizierung überschritten und uns in die zweite hineinbegeben. Sie *hat* nämlich eine zweite Etappe, und diese ist weitaus wichtiger als die erste, auf welche bei uns bisher von allen Seiten fast ausschließlich das Augenmerk gerichtet wurde. Wir meinen die *positive Befreiung* des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus! Wie stellt man sich eine „Lösung“ denn auf Dauer vor, die so aussieht: Millionen ausschalten und sie sich selber überlassen? Sind sie nicht mehr da, weil man sie ausgeschaltet hat, „ausgeklammert“, in die Konspirationswinkel gedrängt, – „nichtexistent im Eigen-Sinne“, um mit Christian Morgenstern zu sprechen? Man kann sie nur *töten oder gewinnen*, anders sollen nach den Erfahrungen der Weltgeschichte Feinde nie behandelt werden. (Und wie viele echte Feinde befinden sich schon unter diesen Millionen!) Töten kommt hierzulande, auf den Breitengraden der Demokratie, der verkündeten Humanität und des da und dort immerhin noch nachwirkenden, noch wirkenden Christentums nicht in Frage. Also muß man sie gewinnen. Nicht, indem man sie umwirbt (wozu bei uns schon

wieder manche Leute und manche Parteien ebenso heftig wie verdächtig neigen), sondern indem man sich ihrer sachlich annimmt. Man muß *beweisen*, daß Demokratie besser ist. Folglich wollen wir ihnen eine geregelte, geordnete und überwachte Möglichkeit geben, – konkret, nicht bloß in Phrasen. Ich würde sie mit aufklärenden, Leben und Gesinnung ändernden Tatsachen füttern, nicht bloß mit der einen: Weg mit euch! (Was dann gar nicht radikal geschieht und geschehen kann.) Wer zeigt, daß er gelernt hat – in selbstverständlicher, nüchterner, unpathetischer Bewährung –, der gehört zu uns: zur kämpfenden Gemeinschaft der weiter irrenden, aber um ein System bemühten Menschen, in dem das Recht auf politischen Irrtum nicht mit Schuld verknüpft zu sein braucht. Nur wirkliche *Demokratie* ist positive Befreiung.

*

Wir haben versucht, in der Frage der Denazifizierung zu den wahren Ursachen vorzudringen und einen anderen, möglichen, gangbaren Weg aufzuweisen, um Etappe Eins abzuschließen und *Etappe Zwei* einzuleiten. Wir werden von dieser im einzelnen sprechen, wenn sie nähergerückt sein wird. Es sind bei den Alliierten und bei uns manche einflußreichen Kräfte am Werk, um das Fahrzeug, das vorerst nur die *Aufschrift* trägt „Demokratie“, in Wirklichkeit aber noch nichts ist als ein Trümmerbeseitigungskarren, aus dem Gestrüpp von Hindernissen, in dem es zur Zeit steckt, herauszumanövrieren. Spreche niemand in Deutschland hämisch von Kurswechsel, Prestigeverlust, durch Not erzwungenes Eingeständnis begangener Fehler und dergleichen mehr, wenn uns demnächst – hoffentlich bald – Möglichkeiten zu neuer Initiative eröffnet werden sollten. Wir sind daran, das Recht auf den politischen Irrtum zurückzuerhalten. Wir, aus deren Reihen in der Vergangenheit viele nicht ohne schwerste Schuld oder Schuldteilhaberschaft davon Gebrauch gemacht haben, wollen es dann denen nicht aufrechnen, die ihm in diesem gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung ohne ein auch nur ähnliches Maß von Schuld gleichwohl Tribut gezahlt haben. Das *sachliche* Ziel der Befreiung von Faschismus und Militarismus verbindet uns alle, – die Gutwilligen diesseits wie jenseits der Grenzpfähle, der Stacheldrähte, der Mauern von Regierungs-, Verwaltungs- und Befehlsgebungsstellen.